

Geschäftsordnung alte Fassung	Geschäftsordnung neue Fassung
<p style="text-align: center;"><b>§ 26</b> <b>Stadtbezirksrat</b></p> <p>(1) Der Stadtbezirksrat wählt in seiner ersten Sitzung nach Beginn der Wahlperiode unter Leitung des an Lebensjahren ältesten anwesenden, hierzu bereiten Bezirksratsmitgliedes aus seiner Mitte die Vorsitzende oder den Vorsitzenden mit der Bezeichnung Bezirksbürgermeisterin oder Bezirksbürgermeister. Sodann wählt der Stadtbezirksrat unter Leitung der Bezirksbürgermeisterin oder des Bezirksbürgermeisters ihre oder seine Stellvertreterin oder Stellvertreter. Die Stellvertreterin oder der Stellvertreter führt die Bezeichnung Stellvertretende Bezirksbürgermeisterin oder Stellvertretender Bezirksbürgermeister.</p> <p>(2) Ratsmitglieder, die in dem jeweiligen Stadtbezirk wohnen oder in deren Wahlbereich der Stadtbezirk ganz oder teilweise liegt, gehören dem jeweiligen Stadtbezirksrat mit beratender Stimme an.</p> <p>(3) Mindestens zwei stimmberechtigte Bezirksratsmitglieder können sich zu einer Fraktion oder Gruppe zusammenschließen.</p>	<p style="text-align: center;"><b>§ 26</b> <b>Stadtbezirksrat</b></p> <p>(1) Der Stadtbezirksrat wählt in seiner ersten Sitzung nach Beginn der Wahlperiode unter Leitung des an Lebensjahren ältesten anwesenden, hierzu bereiten Bezirksratsmitgliedes aus seiner Mitte die Vorsitzende oder den Vorsitzenden mit der Bezeichnung Bezirksbürgermeisterin oder Bezirksbürgermeister. Sodann wählt der Stadtbezirksrat unter Leitung der Bezirksbürgermeisterin oder des Bezirksbürgermeisters <u>die Stellvertreterin oder den Stellvertreter</u>. Die Stellvertreterin oder der Stellvertreter führt die Bezeichnung Stellvertretende Bezirksbürgermeisterin oder Stellvertretender Bezirksbürgermeister.</p> <p>(2) <i>unverändert</i></p> <p>(3) <i>unverändert</i></p>
<p style="text-align: center;"><b>§ 32</b> <b>Allgemeine Bestimmungen</b></p> <p>Im Übrigen sind die für den Rat geltenden Vorschriften entsprechend anzuwenden, jedoch mit der Maßgabe, dass Anträge (§ 10) und Anfragen (§ 14) am vierzehnten Tage vor dem Tag der Sitzung in den Diensträumen der Abteilung für Rats- und Bezirksratsangelegenheiten bis 15.00 Uhr eingegangen sein müssen. Die Übermittlung einer Fernkopie (Telefax) oder einer E-Mail an die Oberbürgermeisterin oder den Oberbürgermeister genügt zur Fristwahrung, wenn das schriftliche Original am folgenden Arbeitstag bis 12.00 Uhr eingeht. Die Bezirksbürgermeisterin oder der Bezirksbürgermeister ist unverzüglich zu unterrichten. Abweichend von §§ 10 Abs. 1 und 2 sowie 14 Abs. 1 kann die eigenhändige Namensunterschrift durch eine maschinenschriftliche Namensangabe ersetzt werden, deren Richtigkeit von einer Mitarbeiterin oder einem Mitarbeiter einer Ratsfraktionsgeschäftsstelle mit deren oder dessen eigenhändiger Namensunterschrift bestätigt ist. Abweichend von § 15 Absatz 4 soll eine Aktuelle Stunde eine Stunde nach Sitzungsbeginn anfangen. Die Zuständigkeit der Fachausschüsse zur Vorbereitung von Entscheidungen des Verwaltungsausschusses oder des Rates bleibt unberührt.</p>	<p style="text-align: center;"><b>§ 32</b> <b>Allgemeine Bestimmungen</b></p> <p>Im Übrigen sind die für den Rat geltenden Vorschriften entsprechend anzuwenden, jedoch mit der Maßgabe, dass Anträge (§ 10) und Anfragen (§ 14) am vierzehnten Tage vor dem Tag der Sitzung in den Diensträumen <u>des Bereiches</u> für Rats- und Bezirksratsangelegenheiten bis 15.00 Uhr eingegangen sein müssen. Die Übermittlung einer Fernkopie (Telefax) oder einer E-Mail an die Oberbürgermeisterin oder den Oberbürgermeister genügt zur Fristwahrung, wenn das schriftliche Original am folgenden Arbeitstag bis 12.00 Uhr eingeht. Die Bezirksbürgermeisterin oder der Bezirksbürgermeister ist unverzüglich zu unterrichten. Abweichend von §§ 10 Abs. 1 und 2 sowie 14 Abs. 1 kann die eigenhändige Namensunterschrift durch eine maschinenschriftliche Namensangabe ersetzt werden, deren Richtigkeit von einer Mitarbeiterin oder einem Mitarbeiter einer Ratsfraktionsgeschäftsstelle mit deren oder dessen eigenhändiger Namensunterschrift bestätigt ist. Abweichend von § 15 Absatz 4 soll eine Aktuelle Stunde eine Stunde nach Sitzungsbeginn anfangen. Die Zuständigkeit der Fachausschüsse zur Vorbereitung von Entscheidungen des Verwaltungsausschusses oder des Rates bleibt unberührt.</p>
<p style="text-align: center;"><b>§ 33</b> <b>Zuständigkeit</b></p> <p><u>Abs. 1 a) Nr. 2:</u></p> <p>Ausschuss für Umweltschutz und Grünflächen</p> <p>Beteiligung bei Angelegenheiten, die der Erhaltung und Verbesserung der Umweltqualität dienen; Reinhaltung der Luft und des Wassers, Lärmbekämpfung, Grün- und Erholungsflächen einschließlich darin liegender Wasserflächen und Forsten, Friedhöfe und Kleingartenwesen; Energiepolitik.</p>	<p style="text-align: center;"><b>§ 33</b> <b>Zuständigkeit</b></p> <p><u>Abs. 1 a) Nr. 2:</u></p> <p>Ausschuss für Umweltschutz und Grünflächen</p> <p>Beteiligung bei Angelegenheiten, die der Erhaltung und Verbesserung der Umweltqualität dienen; Reinhaltung der Luft und des Wassers, Lärmbekämpfung, Grün- und Erholungsflächen einschließlich darin liegender Wasserflächen und Forsten, Friedhöfe und Kleingartenwesen; Energiepolitik; <u>Angelegenheiten der Straßenreinigung.</u></p>

<p><u>Abs. 1 a) Nr. 3</u></p> <p>Organisations- und Personalausschuss</p> <p>Angelegenheiten des Personalwesens, insbesondere des Stellenplanes und der Arbeitsbedingungen der städtischen Bediensteten; Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnik in der Stadtverwaltung, Angelegenheiten des Agenda-Büros.</p> <p><u>Abs. 1 a) Nr. 4</u></p> <p>Sozialausschuss</p> <p>Angelegenheiten der allgemeinen und besonderen Sozialhilfe und der Obdachlosigkeit, der Beschäftigungsförderung sowie der Asylbewerberinnen und Asylbewerber.</p> <p><u>Abs. 1 a) Nr. 7:</u></p> <p>Ausschuss für Haushalt, Finanzen und Rechnungsprüfung</p> <p>Grundsätze der Finanz- und Haushaltspolitik, Finanzplanung im Rahmen des Stadtentwicklungsplanes (mittelfristige Finanzplanung), Vorbereitung des Haushaltsplanes, Vorbereitung von Haushaltskonsolidierungskonzepten gemäß § 84 Abs. 3 NGO, Beschlussdrucksachen des Rates, die finanzpolitische Auswirkungen für die Stadt nach sich ziehen, Steuerhebesätze, Vergabe von Darlehen, Aufnahme von Krediten, Bürgschaften, Rücklagenpolitik, Grundsätze der Investitionskontrolle, Mitwirkung bei Gebührensatzungen, Reklameangelegenheiten, Beschluss über die Jahresrechnung und Entlastung der Oberbürgermeisterin oder des Oberbürgermeisters, Feststellung von Jahresabschlüssen der Eigenbetriebe, Beratung wichtiger Prüfungsergebnisse des Rechnungsprüfungsamtes, Teilnahme von Mitgliedern des Ausschusses an Kassen- und Lagerprüfungen, finanzielle Belange der Wohnungsbauförderung, Angelegenheiten des Fachbereiches Recht und Ordnung und Europaangelegenheiten, Angelegenheiten der Berufsfeuerwehr, der Freiwilligen Feuerwehr und des Rettungsdienstes, Angelegenheiten der Straßenreinigung, strategische Steuerung der Eigen- und Beteiligungsgesellschaften. Ausgenommen sind Angelegenheiten im Bauleitplanverfahren und Maßnahmen, die den Haushaltsplan oder die Investitionsplanung nur durchführen, ohne dass Korrekturen vorgenommen werden.</p> <p><u>Abs. 1 b) Nr. 13</u></p> <p>Werksausschuss für Städtische Häfen und Hannover Congress Centrum</p> <p>Angelegenheiten der Städtischen Häfen und des Hannover Congress Centruns; gesetzlich vorgeschriebener Ausschuss gemäß § 113 Absatz 3 NGO.</p> <p><u>Abs. 1 b) Nr. 14</u></p> <p>Werksausschuss für Stadtentwässerung</p> <p>Angelegenheiten der Stadtentwässerung; gesetzlich vorgeschriebener Ausschuss gemäß § 113 Absatz 3 NGO.</p>	<p><u>Abs. 1 a) Nr. 3</u></p> <p>Organisations- und Personalausschuss</p> <p>Angelegenheiten des Personalwesens, insbesondere des Stellenplanes und der Arbeitsbedingungen der städtischen Bediensteten; Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnik in der Stadtverwaltung, Angelegenheiten des Agenda-Büros, <u>Angelegenheiten der Berufsfeuerwehr, der Freiwilligen Feuerwehr und des Rettungsdienstes.</u></p> <p><u>Abs. 1 a) Nr. 4</u></p> <p>Sozialausschuss</p> <p>Angelegenheiten der allgemeinen und besonderen Sozialhilfe und der Obdachlosigkeit, der Beschäftigungsförderung sowie der Asylbewerberinnen und Asylbewerber, <u>Angelegenheiten für Senioren allgemein; Angelegenheiten der städtischen Einrichtungen für Senioren, insbesondere der städtischen Alten- und Pflegezentren.</u></p> <p><u>Abs. 1 a) Nr. 7:</u></p> <p>Ausschuss für Haushalt, Finanzen und Rechnungsprüfung</p> <p>Grundsätze der Finanz- und Haushaltspolitik, Finanzplanung im Rahmen des Stadtentwicklungsplanes (mittelfristige Finanzplanung), Vorbereitung des Haushaltsplanes, Vorbereitung von <u>Haushaltssicherungskonzepten gemäß § 82 Abs. 6 NGO</u>, Beschlussdrucksachen des Rates, die finanzpolitische Auswirkungen für die Stadt nach sich ziehen, Steuerhebesätze, Vergabe von Darlehen, Aufnahme von Krediten, Bürgschaften, Rücklagenpolitik, Grundsätze der Investitionskontrolle, Mitwirkung bei Gebührensatzungen, Reklameangelegenheiten, Beschluss über die Jahresrechnung und Entlastung der Oberbürgermeisterin oder des Oberbürgermeisters, Feststellung von Jahresabschlüssen der Eigenbetriebe, Beratung wichtiger Prüfungsergebnisse des Rechnungsprüfungsamtes, Teilnahme von Mitgliedern des Ausschusses an Kassen- und Lagerprüfungen, finanzielle Belange der Wohnungsbauförderung, Angelegenheiten des Fachbereiches Recht und Ordnung und Europaangelegenheiten, <u>Angelegenheiten der Berufsfeuerwehr, der Freiwilligen Feuerwehr und des Rettungsdienstes, Angelegenheiten der Straßenreinigung</u>, strategische Steuerung der Eigen- und Beteiligungsgesellschaften. Ausgenommen sind Angelegenheiten im Bauleitplanverfahren und Maßnahmen, die den Haushaltsplan oder die Investitionsplanung nur durchführen, ohne dass Korrekturen vorgenommen werden.</p> <p><u>Abs. 1 b) Nr. 13</u></p> <p>Werksausschuss für Städtische Häfen</p> <p>Angelegenheiten der Städtischen Häfen; gesetzlich vorgeschriebener Ausschuss gemäß § 113 Absatz 3 NGO.</p> <p><u>Abs. 1 b) Nr. 14</u></p> <p>Werksausschuss für Hannover Congress Centrum</p> <p>Angelegenheiten des Hannover Congress Centruns; gesetzlich vorgeschriebener Ausschuss gemäß § 113 Absatz 3 NGO.</p> <p><u>Abs. 1 b) Nr. 15</u></p> <p><i>entspricht Abs. 1 b) Nr. 14 alte Fassung</i></p>
--	--

<p style="text-align: center;"><b>§ 38 Mitglieder</b></p>	<p style="text-align: center;"><b>§ 38 Mitglieder</b></p>
<p><u>Abs. 2 c)</u></p> <p>Werksausschuss für Städtische Häfen und Hannover Congress Centrum</p> <p>10 Ratsfrauen oder Ratsherren, die nach Möglichkeit zugleich Mitglieder des Ausschusses für Arbeitsmarkt-, Wirtschafts- und Liegenschaftsangelegenheiten sind, und jeweils</p> <p>5 aufgrund des Nds. Personalvertretungsgesetzes gewählte Personalvertreterinnen oder Personalvertreter der Städtischen Häfen bzw. des Hannover Congress Centruns.</p> <p><u>Abs. 2 d)</u></p> <p>Werksausschuss für Stadtentwässerung</p> <p>10 Ratsfrauen oder Ratsherren, die nach Möglichkeit zugleich dem Ausschuss für Umweltschutz und Grünflächen angehören, und</p> <p>5 aufgrund des Nds. Personalvertretungsgesetzes gewählte Personalvertreterinnen oder Personalvertreter der Stadtentwässerung.</p>	<p><u>Abs. 2 c)</u></p> <p>Werksausschuss für Städtische Häfen</p> <p>10 Ratsfrauen oder Ratsherren, die nach Möglichkeit zugleich Mitglieder des Ausschusses für Arbeitsmarkt-, Wirtschafts- und Liegenschaftsangelegenheiten sind, und jeweils</p> <p>5 aufgrund des Nds. Personalvertretungsgesetzes gewählte Personalvertreterinnen oder Personalvertreter der Städtischen Häfen.</p> <p><u>Abs. 2 d)</u></p> <p>Werksausschuss für Hannover Congress Centrum</p> <p>10 Ratsfrauen oder Ratsherren, die nach Möglichkeit zugleich Mitglieder des Ausschusses für Arbeitsmarkt-, Wirtschafts- und Liegenschaftsangelegenheiten sind, und jeweils</p> <p>5 aufgrund des Nds. Personalvertretungsgesetzes gewählte Personalvertreterinnen oder Personalvertreter des Hannover Congress Centruns.</p> <p><u>Abs. 2 e)</u></p> <p><i>entspricht Abs. 2 d) alte Fassung</i></p>
<p style="text-align: center;"><b>§ 41 Einberufung</b></p>	<p style="text-align: center;"><b>§ 41 Einberufung</b></p>
<p>(1) Die Ausschüsse werden von der Oberbürgermeisterin oder dem Oberbürgermeister im Einvernehmen mit der Ausschussvorsitzenden oder dem Ausschussvorsitzenden eingeladen, sooft es die Geschäftslage erfordert. Die Ladungsfrist beträgt eine Woche.</p> <p>(2) Die Oberbürgermeisterin oder der Oberbürgermeister hat eine Ausschusssitzung einzuberufen, wenn sie oder er hierzu von mindestens einem Drittel der Ausschussmitglieder unter Angabe des Beratungsgegenstandes aufgefordert wird.</p> <p>(3) Jedes Ausschussmitglied kann verlangen, dass ein bestimmter Beratungsgegenstand auf die Tagesordnung einer geplanten Ausschusssitzung gesetzt wird. Ein solches Verlangen muss schriftlich und spätestens am zehnten Tage vor dem Tag der Ausschusssitzung bis 15.00 Uhr in den Diensträumen der Oberbürgermeisterin oder des Oberbürgermeisters eingegangen sein. Soll die Sitzung des Ausschusses an einem Montag stattfinden, tritt an die Stelle des zehnten Tages der zwölfte Tag vor dem Tag der Ausschusssitzung. § 10 Absatz 1 Satz 2 gilt entsprechend.</p> <p>(4) Dem Ausschuss nicht angehörende Antragstellerinnen oder Antragsteller müssen zu der Ausschusssitzung eingeladen werden, in der ihr Antrag behandelt werden soll.</p>	<p>(1) <i>unverändert</i></p> <p>(2) <i>unverändert</i></p> <p>(3) <i>unverändert</i></p> <p>(4) <i>unverändert</i></p> <p>(5) <u>Auf Zeit und Ort der öffentlichen Sitzungen der Ausschüsse ist in den hannoverschen Tageszeitungen „Hannoversche Allgemeine Zeitung“ und „Neue Presse“ hinzuweisen.</u></p>